

Zeiten von Massenarbeitslosigkeit hinausgeht.

Christoph Arndt

Wehr, Ingrid, und Hans-Jürgen Burchardt (Hrsg.). *Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Neue Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Umwelt*. Baden-Baden. Nomos 2011. 334 Seiten. 19 €.

Die hartnäckige Persistenz sozialer Ungleichheit in Lateinamerika ist ein Phänomen. Auch Jahrzehnte nach der fast flächendeckenden Durchsetzung der Demokratie weist die Region – neben dem südlichen Afrika – die weltweit höchsten Ungleichheitsraten auf. Bisher hat sich die formale Garantie politischer Gleichheit in Lateinamerika nicht in einen Abbau sozioökonomischer Ungleichheit übersetzt – anders als es modernisierungs- und demokratietheoretische Überlegungen sowie die empirischen Erfahrungen Europas erwarten lassen würden. Hinzu kommt, dass zahlreiche Staaten Lateinamerikas lange wohlfahrtsstaatliche Traditionen besitzen. Auch die Sozialausgaben sind keineswegs pauschal niedrig. Einfache Erklärungsmodelle versagen mithin – und systematische empirische Forschung ist nötig, um „den Ursachen und Reproduktionsmechanismen der extremen und multiplen Ungleichheitsverhältnisse auf den Grund zu gehen“ (5). Dieser Aufgabe stellt sich der Band *Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Neue Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Umwelt*. Den Herausgebern, *Ingrid Wehr* und *Hans-Jürgen Burchardt*, ist dabei eine systematisch zusammengestellte Kollektion von auf die gemeinsame Thematik zugeschriebenen Analysen gelungen. Dies ist für

einen Sammelband alles andere als selbstverständlich.

Ausgangspunkt ist eine Einführung in die Thematik durch *Ingrid Wehr*, in der sie so knapp wie überzeugend argumentiert, dass sich die Koexistenz von Demokratie und sozialer Ungleichheit „weder aus institutionellen Defekten oder fehlenden wohlfahrtsstaatlichen Traditionen, noch aus der mangelnden demokratischen Beteiligung bzw. Kultur der BürgerInnen erklären lässt“ (14). Als alternative Perspektive knüpft *Wehr* an jüngere Arbeiten in der Tradition des historischen Institutionalismus an, die „grundlegende Herrschaftsstrukturen und Exklusionsmechanismen“ betonen (18). In diesem Sinne verweist die Mehrzahl der Einzelbeiträge auf im weiteren Sinne politökonomische Erklärungen.

Einen ersten Zugang bietet der *Varieties-of-Capitalism*-Ansatz. So analysiert *Andreas Nölke* das brasilianische Kapitalismusmodell als staatlich durchdrungene Marktökonomie. Da dieses „auf Clans beruht, auf gemeinsamen Werthaltungen, einer sehr geringen Klassenmobilität, der Herrschaft von Familien, abgesichert vom – durch Familien und generell den Eliten kontrollierten – Staat“ (149), ist die Reproduktion sozialer Ungleichheiten am Ende wenig erstaunlich. Auch *Ben Ross Schneider*, *David Soskice* und *Sebastian Karcher* betonen die Bedeutung einer spezifisch lateinamerikanischen Spielart des Kapitalismus, der unter anderem über niedrige Tarifvertragsdichte, große informelle Sektoren und stark segmentierte Bildungsmöglichkeiten Ungleichheit auf Dauer stellt.

Wie sich solche politökonomischen Dynamiken in konkreten Politikfeldern entfalten, zeigt eine Reihe überaus in-

formativer und anregender Beiträge. *Andreas Boeckh* analysiert die regressiven Formen der Staatsfinanzierung in der Region: die „chronische Unterbesteuerung“ insbesondere der „Besitzeliten“ (72), das enorme Ausmaß an Steuerhinterziehung und den einseitigen Fokus auf indirekte Steuern. Mit Blick auf den Arbeitsmarkt zeigt *Sebastian Karcher*, wie sich hohe Ungleichheit, ein großer Anteil informeller Beschäftigung und niedrige Qualifikationsniveaus wechselseitig verstärken. Für die Bildungspolitik argumentiert *Stefan Peters*, mangelnde Chancengleichheit führe dazu, dass selbst und gerade ein expandierendes Bildungswesen tendenziell soziale Ungleichheiten verschärfe. Analog zu *Peters* arbeitet *Anne Tittor* am Beispiel der Gesundheitspolitik heraus, wie asymmetrische Zugangsmöglichkeiten zu einem fragmentierten Gesundheitssystem Ungleichheit perpetuieren. *Kristina Dietz* schließlich fragt nach den „herrschaftlich vermittelten gesellschaftlichen Naturverhältnissen“ (107), deren Bedeutung für die Persistenz sozialer Ungleichheiten bisher in der Tat weitgehend vernachlässigt wurde.

In der Summe ergibt sich ein Bild „tiefer, aber exklusiver Wohlfahrtsregime“ (265), wie *Ingrid Wehr* in einem weiteren Beitrag aufzeigt. Diese bilden letztlich „mächtige Umverteilungs- und Stratifizierungsmaschinen zum Erhalt des sozial ungerechten Status quo“ (270). Dies wenden *Nico Weinmann* und *Hans-Jürgen Burchardt* theoretisch: Im Anschluss an den jungen Claus Offe interpretieren sie Sozialpolitik „nicht etwa als Instrument zur Bearbeitung sozialer Problemlagen oder als Mittel zur Überwindung von Ungleichheit, sondern als Kristallisationspunkt von politischer Herrschaft“ (283).

Politische Herrschaft lässt sich allerdings kaum als schlicht materielle Beherrschung verstehen. So zeigt *Olaf Kaltmeier* am Beispiel der Hacienda – und unter Rückgriff auf Foucaults Begriff des Dispositivs – die „Fortdauer (post-) kolonialer Tiefenstrukturen in den lateinamerikanischen Gesellschaften“ (29). Solche (post-) kolonialen Kontinuitäten betreffen insbesondere die indigenen Völker und schlagen sich bis heute in einem „signifikanten Zusammenhang zwischen Ethnizität und vielfacher sozialer Benachteiligung“ (48) nieder, dessen sich *Tanja Ernst* annimmt. *Ernst* schlussfolgert, dass sich die gewachsene politische Beteiligung der indigenen Bevölkerung bisher nicht in einen Abbau sozioökonomischer Benachteiligung umgesetzt hat. Mit Blick auf die Gender-Thematik betont *Anika Oettler* gar, dass sich die extremen geschlechtsspezifischen Ungleichheitsverhältnisse in Lateinamerika „unter aktiver Beteiligung von Politikerinnen [reproduzieren J.W.], die in erster Linie ihre Klassenposition und ihre religiösen Überzeugungen zu verteidigen suchen“ (102). Dass auch objektiv scheinende Klassenpositionen nicht immer zu entsprechenden politischen Forderungen führen müssen, zeigt der Fall Chile. Nach Umfragen, so *Emmanuelle Barozet*, besitzen die drastischen Einkommensdisparitäten tatsächlich eine „hohe Legitimität“ (325).

Mit dieser Bandbreite an Analysen bietet der Band sowohl einen hervorragenden Überblick über die Problematik sozialer Ungleichheit in Lateinamerika, als auch zahlreiche Inspirationen zum Weiterdenken und Weiterforschen. Schade ist allerdings, dass ein resümierendes Fazit fehlt. Hier wäre der Platz gewesen, um die diversen Einsichten aus den Einzelbeiträgen in einige zent-

rale theoretische Schlussfolgerungen und praktische Implikationen zu bündeln.

Jonas Wolff

Internationale Beziehungen

Nitz, Stephan. *Theorien des Friedens und des Krieges. Kommentierte Bibliographie zur Theoriegeschichte*. Band 1: Altertum bis 1830. Baden-Baden. Nomos Verlag 2010. 700 Seiten. 49 €.

Stephan Nitz hat den ersten Band seiner auf drei Bände geplanten „Kommentierten Bibliographie“ zur Theoriegeschichte des Friedens und des Krieges vorgelegt. Umfangreich kommentierte wird man in der Regel wie unkommentierte Bibliographien als bloße Nachschlagewerke nutzen. Die vorliegende über Theorien des Friedens und des Krieges läßt sich aber auch wie ein spannendes Buch von vorne bis hinten lesen, 676 Seiten Text, ohne die für das Nachschlagen wertvollen Personen- und Sachregister. Allerdings kann man das wohl nur mit Gewinn tun, wenn man erhebliches welt- und europageschichtliches sowie politisch-philosophisches oder ideengeschichtliches Vorwissen hat. Ansonsten empfiehlt es sich, eines der geläufigen Bücher zur Geschichte der politischen Ideen vorher oder parallel mitzulesen. Nitz' Anspruch ist beträchtlich. Er will historische Friedenstraditionen in das Bewusstsein der Friedensforschung wie der Disziplin Internationale Beziehungen, aber auch der Philosophie und der Politischen Theorie ziehen, die sich bislang kaum um das systematische Denken und Forschen über Krieg und Frieden – die von Nitz bevorzugten Termini

ni Theorie und Theoriegeschichte sind wohl zu irreführend eng gefasst – gekümmert haben.

Nitz, ungemein belesener Bibliothekar der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, hat über sechzig Autoren, die sich die Phänomene Krieg und Frieden in der Gesellschafts- und Staatengeschichte zu erklären und oft auch ihre Entwicklung in der Zukunft zu bestimmen trachten, „mit einem philosophiehistorischen Blick ausgewählt“ (16). Philosophiehistorisch ist auch seine zeitliche Abgrenzung des 1. Bandes im Jahre 1830 von den beiden geplanten, in Grundzügen schon festliegenden künftigen Bänden für die Zeiten von ca. 1830 bis 1940 und seit dem absehbaren Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart. „Der 1. Band endet mit dem Ende der europäischen metaphysischen Tradition. Hegels Tod 1831 kann symbolisch als Abschluss genommen werden“ (16). Er hat nicht nur die Schriften ausgewählt, sondern auch die Rezeption dieser Schriften sachkundig, knapp, scharfsinnig und manchmal auch mit spitzem Urteil kommentiert. Dabei geht er mit der politisch-historischen Verortung der Autoren sehr sparsam um, obwohl er dieser zumindest im 7. Kapitel über das Zeitalter der Revolution (1772-1831) größeres Gewicht zubilligen muss. Vornehmlich geht es Nitz um geistige Beeinflussung zwischen den Autoren und um Gegensätze zwischen ihnen, außerdem um die Weiterentwicklung eines Denkens, das auch für die gegenwärtige Wissenschaft von Krieg und Frieden nutzbringend sein könnte. Bloße Friedenspläne und -utopien interessieren ihn nicht, es kommt ihm auf die Herleitung von Krieg und Frieden aus der Natur, der Geschichte